



1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33

ANTRÄGE

ZUM

UNTERBEZIRKSPARTEITAG DARMSTADT

AM SAMSTAG, DEM 23. MÄRZ 2019, 09:00 UHR,

JUSTUS-LIEBIG-HAUS

64287 DARMSTADT,

GROÙE BACHGASSE 2

Gegliedert nach:	Seite
A – Organisation – Partei	2
B – Verkehr	3
C – Migration - Sozialpolitik - Wohnen	4 - 6
E – Kommunalpolitik	7
Resolution zum Mindestlohn	8

34 **Antrag A 1**
35 **Antragsteller: Unterbezirksvorstand**
36 **Thema: Parteiinterne Bildungsarbeit**

37
38 Die Mitgliedervollversammlung möge beschließen:
39

40 **Parteiinterne Bildungsarbeit**

41
42 Die Vorwärtsstrategie für den UB Darmstadt wird durch ein Bildungsprogramm ergänzt. Die
43 Angebote richten sich an alle Mitglieder des Unterbezirks, vor allem an Aktive in Vorständen,
44 Arbeitsgemeinschaften oder Arbeitskreisen.

45 Das Programm soll unter anderem folgende Bereiche berücksichtigen:

- 46 • Grundlagen der Kommunalpolitik (Entscheidungsprozesse, Rahmenbedingungen und
47 Verantwortlichkeiten);
- 48 • kommunalpolitische Politikbereiche (bspw. Planungs-, Wohnungs-, Bildungs-,
49 Umwelt-, Digital- und Sozialpolitik oder kommunale Stadtwirtschaft);
- 50 • Grundlagen sozialdemokratischer Politik (Werte und Geschichte);
- 51 • einen Medienshop unter Berücksichtigung des Datenschutzes.

52 Der Parteitag beauftragt den Unterbezirksvorstand mit diesem Beschluss eine
53 „Arbeitsgruppe Bildungsprogramm“ einzurichten. Die Arbeitsgruppe legt im Mai 2019 ein
54 erstes Konzept eines Bildungsprogramms in diesem Sinne dem Unterbezirksvorstand vor.
55 Die Arbeitsgruppe soll dabei insbesondere folgende Aspekte berücksichtigen: Themen und
56 Abfolge der einzelnen Veranstaltungen, notwendige Dauer einzelner Veranstaltungen,
57 Adressatenkreis und Mobilisierung, Veranstaltungsorte in Darmstadt, Referentinnen und
58 Referenten sowie Budgetierung. Die vorerst letzten Veranstaltungen sollen im Juni 2020
59 abgeschlossen werden.

60
61 **Begründung:**

62
63 Jede funktionierende politische Organisation braucht Orte der Vermittlung von Bildung und
64 Wissen, der Grundlagen ihrer Rahmenbedingungen oder der Diskussion von
65 tagespolitischen Ereignissen. Mit einem kleinen parteiinternen Bildungsprogramm kann die
66 Entwicklung und Vorbereitung der SPD Darmstadt für kommende Herausforderungen
67 unterstützt werden. Es bietet jedem Mitglied die Möglichkeit, Einsichten in
68 kommunalpolitische Zusammenhänge zu erlangen und gemeinsam zu diskutieren und kann
69 Neumitgliedern den Einstieg in die Parteiarbeit erleichtern. Weiterhin können aktuelle
70 Entwicklungen in einzelnen Politikfeldern diskutiert werden und neue Impulse für eine
71 lebendige und moderne gemeinsame sozialdemokratische politische Arbeit entstehen.
72 Der Unterbezirk Darmstadt steht, wie andere SPD-Unterbezirke auch, vor der
73 Herausforderung, den Veränderungen wichtiger eigener Voraussetzungen und äußeren
74 Rahmenbedingungen sozialdemokratischer Politik zu begegnen. Zu diesen Faktoren
75 gehören unter anderem die Mitgliederstruktur, viele Neumitglieder, veränderte
76 Rahmenbedingungen für den Einzelnen in Ausbildung, Beruf, Familie und Freizeit sowie
77 hohe Mobilität und Flexibilität. Zudem hat sich das Spektrum politischer Organisationformen
78 natürlich auch auf kommunaler Ebene durch neue Parteien, Bürgerinitiativen, Verbände,
79 Interessengruppen, Netzwerke oder formelle Bürgerbeteiligungen weiter ausdifferenziert,
80 vermutlich langfristig. Die Vielfalt der Themen hat eher zugenommen. Die Rolle von Parteien
81 im politischen Feld hat sich bereits sichtbar verändert und wird weiterhin in nicht geringem
82 Maße herausgefordert. Gute eigene Bildungsarbeit muss und kann sich auf diesen Faktoren
83 stellen, aber nicht unreflektiert und aktionistisch. Die einzelnen Maßnahmen sollen dem
84 einzelnen Mitglied Einsicht und Austausch zu ausgewählten Themenfeldern ermöglichen und
85 die Wirksamkeit der Parteiorganisation unterstützen.

86
87 **Angenommen/Abgelehnt/Weitergereicht an:**
88

89 **Antrag B 1**
90 **Antragsteller:** Ortsvereine Waldkolonie-Weststadt und Heimstättensiedlung
91 **Thema:** ICE Neubaustrecke Rhein/Main – Rhein/Neckar – Entscheidung
92 rechtzeitig und demokratisch vorbereiten
93 **Adressat:** SPD-Unterbezirksvorstand Darmstadt
94
95

96 Die Mitgliedervollversammlung möge beschließen:
97

- 98 1. Die SPD Darmstadt wird aufgefordert, rechtzeitig vor einer Entscheidung des
99 Beteiligungsforums Rhein/Main – Rhein/Neckar durch verschiedene Foren und
100 Diskussionsrunden umfassend über die unterschiedlichen Varianten der Anbindung
101 Darmstadt an die Neubaustrecke Rhein/Main – Rhein/Neckar parteiintern und öffentlich
102 zu diskutieren und zu informieren.
103
- 104 2. Vor einer endgültigen Entscheidung über die Vorzugsvariante der Anbindung Darmstadts
105 an die Neubaustrecke soll ein Unterbezirksparteitag stattfinden, der eine Positionierung
106 der Darmstädter SPD zu der jeweiligen Variante festlegt.
107
- 108 3. In diese Diskussion sollen auch Varianten einbezogen werden, die Forderungen nach
109 einer Verbesserung der Anbindung der Stadt Darmstadt nach Norden zum Frankfurter
110 Flughafen über die Wallauer Spange nach Wiesbaden und nach Süden in Richtung
111 Mannheim beinhalten.
112

113 **Begründung:**
114

115 Die Deutsche Bahn AG plant – wie in der Sitzung des Beteiligungsforums im Februar 2019
116 festgelegt – bis Ende 2019 eine Entscheidung zu treffen.
117

118 Diese Entscheidung beinhaltet sowohl eine Trassenführung parallel zur A 5/A 67 als auch
119 die Festlegung auf eine sogenannte Vorzugsvariante zur Anbindung der Stadt im Norden
120 und Süden. Der Verlauf der Neubaustrecke und insbesondere die möglichen Anbindungen
121 zur Stadt Darmstadt haben gravierende Auswirkungen auf den Westwald, erhöhen die
122 Lärmbelastungen, bedeuten langfristige Baumaßnahmen und verschlechtern die
123 Lebensqualität der Anwohner.
124

125 Daher bedarf es einer intensiven Vorbereitung der Diskussion einschließlich der Erarbeitung
126 von Alternativen, bevor eine Entscheidung über die Vorzugsvariante gefällt wird.
127

128 Angenommen/Abgelehnt/Weitergereicht an:
129

130 **Antrag C 1**
131 **Antragsteller:** **Unterbezirksvorstand**
132 **Thema:** **Bürgerfreundliches Soziales Darmstadt – Soziale Leitstelle**
133 **Adressat:** **SPD-Stadtverordnetenfraktion**
134
135

136 Der Mitgliedervollversammlung möge beschließen:
137

138 Die SPD-Stadtverordnetenfraktion wird aufgefordert, beim Magistrat der Wissenschaftsstadt
139 Darmstadt für die kommunalen Sozialleistungsbehörden in Partnerschaft z.B. mit dem
140 Versorgungsamt, der Deutschen Rentenversicherung, der Bundesagentur für Arbeit und vor
141 allem dem Jobcenter eine **Soziale Leitstelle** (Eingangsbehörde) einzurichten, die für jeden
142 Anspruchsberechtigten alle notwendigen Beratungen in die für das Anliegen zutreffenden
143 Wege in die Behörden anbietet und einleitet, außerdem alle Anträge bereithält, auch in
144 einfacher Sprache und in den Hauptsprachen der in Darmstadt lebenden Migranten,
145 einschließlich der Bearbeitungshilfe.
146

147 Für Kunden und Anspruchsberechtigte, die online – Fertigkeiten beherrschen oder diese
148 sicher erlernen möchten, soll die Wissenschaftsstadt Darmstadt die entsprechenden
149 Internetportale bereithalten, ohne zu deren Nutzung Druck auszuüben. Auch für den digitalen
150 Weg sind Beratungen und Einführungen in der Leitstelle anzubieten.
151

152 In einem ersten Schritt sollen die Mitarbeiter*innen des Amtes für Soziales und Prävention
153 /Abteilung Soziale Hilfen dahingehend geschult und angewiesen werden, dass sie
154 antragstellende Personen oder Familien darüber informieren, auf welche sozialen Hilfen und
155 Transferleistungen sie zusätzlich oder alternativ Anspruch haben und wo sie diese
156 beantragen können. Formulare sollen bei allen Sachbearbeiter*innen vorgehalten werden.
157 Ein entsprechendes Vorgehen im Jobcenter wäre von der Sozialdezernentin zu initiieren.
158
159

160 **Begründung:**

161 Die Unübersichtlichkeit der diversen Sozialleistungen, die Formular- und Antragsflut, die
162 Unverständlichkeit der Anleitungen, Voraussetzungen und Belehrungen selbst für gebildete
163 Deutsche, die Diversität der einzelnen Behörden an unterschiedlichen Orten mit
164 unterschiedlichen Öffnungszeiten und Erreichbarkeiten der Mitarbeiter machen es
165 notwendig, eine Soziale Leitstelle zu schaffen, an die sich Anspruchsberechtigte wenden
166 können, um aus einer (ersten) Hand beraten und weitergeleitet zu werden. Dies ist vor allem
167 für Behinderte, Ältere und Migranten (mittlerweile über 20 % der Bevölkerung) notwendig.
168 Hinzu kommt, dass Unsicherheit und Unkenntnis herrschen und der Gang zum Jobcenter
169 vielfach Angst auslöst. Termine richten sich selten an den Bedürfnissen der Kunden aus, die
170 Nichteinhaltung wird indessen mit Bedrohungen versehen; telefonische Entschuldigungen
171 werden (nach dauerhafter Warteschleife) nicht angenommen oder nicht weitergeleitet bzw.
172 müssen schriftlich nachgereicht werden.
173
174

175 Zur weiteren kurzen Erläuterung nur das Beispiel einiger Leistungen für Kinder: SGB II-
176 Regelsätze, aber nur mit Anrechnung des Kindergelds, Kinderzuschlag,
177 Unterhaltsvorschuss, Bildungs- und Teilhabe- Paket, Leistungen des Gute-Kita-Gesetzes,
178 Pakt für den Nachmittag (völlig divers je nach Schule) usw. Erst die von der SPD
179 beabsichtigte Kindergrundsicherung könnte geeignet sein, zu einigen Vereinfachungen zu
180 führen; ob sie in der laufenden Legislaturperiode durchsetzbar ist, muss bezweifelt werden.
181

182 Antrag und Begründung sollen mit der notwendigen Öffentlichkeitsarbeit begleitet werden.
183

184 Angenommen/Abgelehnt/Weitergereicht an:
185

186
187
188
189
190
191
192
193
194
195
196
197
198
199
200
201
202
203
204
205
206
207
208
209
210
211
212
213
214
215
216
217
218
219
220
221
222
223
224
225
226
227
228
229
230
231
232
233
234
235
236
237
238
239
240
241

Antrag C 2

Antragsteller: Unterbezirksvorstand
Thema: Integriertes Migrationskonzept jetzt! Zu unserem Wort stehen:
Nicht die Falschen abschieben
Adressat: SPD-Bundestagsfraktion; SPD-Parteivorstand

Die Mitgliedervollversammlung möge beschließen:

Die SPD-Bundestagsfraktion und der Bundesparteivorstand werden aufgefordert, einen vom Bundesinnenministerium vorgelegten Gesetzentwurf zum sog. Fachkräftezuwanderungsgesetz die Zustimmung zu versagen, wenn dieses keine Möglichkeit zu einem „Spurwechsel“ abgelehnter, aber gut integrierter Geflüchteter vorsieht (Personen mit Arbeitsverträgen, Praktikumsverträgen, Maßnahmen des Jobcenters oder BA, Ausbildungsverträgen, Studium und dergleichen Nachweise; bei Frauen mit Kindern auch Nachweise der Bemühungen um deutsche Sprachkenntnisse). Es macht keinen Sinn, Personen, die gut integriert, aber nur geduldet in Deutschland leben, in ihre Heimatländer abzuschicken, wenn sie durch ihr Verhalten zu erkennen gegeben haben, dass sie zumindest auf Zeit dem deutschen Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen wollen.

Begründung:

Der UB Parteitag Darmstadt hat im Sommer 2018 einen Initiativantrag einstimmig angenommen, der sich für ein integriertes Migrationskonzept einsetzt. Dem UBV ist nicht bekannt, ob dieser Antrag an die Bezirksebene und darüber hinaus gelangt ist. Der UB Parteitag kommt darauf zurück. Jetzt ist Zeit für dessen Umsetzung. Es darf nicht der Eindruck entstehen, als überlasse die SPD im Bereich der Innenpolitik aus Koalitionsraison der CSU das Feld.

Die Bundesvorsitzende hat in Interviews zu Ausdruck gebracht, dass die SPD vom Innenministerium eine Vorlage erwartet, die den „Spurwechsel“ vorsieht. Würde davon aus Koalitionsrücksicht abgesehen, würde die SPD vielen Tausenden Menschen, die sich im Rahmen der zivilgesellschaftlichen Flüchtlingshilfe engagieren und Unternehmen, die ungeachtet des Status der Flüchtlinge diese ausbilden oder beschäftigen einen schweren Schlag versetzen. Es ist an der Zeit, auch diesen Wählerinnen und Wählern eine glaubwürdige Politik zu bieten, die sich an den humanitären Grundwerten der SPD orientiert und deutlich von einer „Seehoferpolitik“ distanziert, die ihr Hauptaugenmerk auf Rückführung und Abschreckung setzt, nicht auf Integration.

Angenommen/Abgelehnt/Weitergereicht an:

Antrag C 3

Antragsteller: Ortsverein Waldkolonie-Weststadt
Thema: Sofortprogramm Wohnbebauung ehemaliges Erstaufnahmelager
an der Michaelisstraße
Adressat: SPD-Stadtverordnetenfraktion

Die Mitgliedervollversammlung möge beschließen:

Die SPD Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Darmstadt wird beauftragt, in der Stadtverordnetenversammlung darauf hinzuwirken, dass der Magistrat ein Sofortprogramm

242 Wohnbebauung für das Gelände des ehemaligen Erstaufnahmelaagers in der Michaelisstraße
243 erarbeitet und der Stadtverordnetenversammlung zum Beschluss vorlegt.

244

245 Im Weiteren wird die Fraktion beauftragt, erneut darauf hinzuwirken, dass auch das
246 Kasernengelände selbst, welches momentan von der HIL Heeresinstandsetzungslogistik
247 GmbH genutzt wird, für den Wohnungsbau geräumt wird.

248

249 **Begründung:**

250 Im wachsenden Darmstadt herrscht eine gravierende Wohnungsnot mit vielen Bewerbern für
251 eine viel zu geringe Anzahl an Wohnungen. Häufig kommen bei der Suche nach Wohnungen
252 auf jede freie Wohnung fast 150 Bewerbungen. Vor allem preisgünstige Wohnungen für
253 Familien, Alleinstehende und Normalverdiener sind gesucht. Viele Menschen verlassen
254 sogar die Stadt und ziehen ins Umland, während besser Verdienende die hohen
255 Immobilienpreise eher bezahlen können. Der Mangel an Baugrundstücken und das
256 schleppende Verfahren auf den Konversionsflächen sind weitere negative
257 Rahmenbedingungen, die die Schaffung von Wohnflächen erschweren.

258

259 Mit der Schließung der Flüchtlingsunterkunft vor dem Gelände der Starkenburgkaserne
260 wurde im Spätherbst 2018 eine Chance zur Bildung von Wohnraum geschaffen.

261

262 Mit der geplanten Privatisierung der HIL Heeresinstandsetzungslogistik GmbH bietet sich
263 zudem -wie in Vorlage-Nr. SV-2018/0006 in der Stadtverordnetenversammlung bereits
264 beschlossen- die Chance, das gesamte Kasernengelände für den Wohnungsbau zu nutzen.
265 Auch wenn die Privatisierung nicht stattfindet (Zustimmung SPD im BT noch unklar), könnte
266 der Umzug der HIL in die Major-Karl-Plagge-Kaserne zugunsten von Wohnraum in
267 Darmstadt erfolgen. Panzer müssen nicht durch unser Wohnquartier fahren! Während weder
268 BlmA, noch Bundeswehr direkt von der SPD Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung
269 oder vom Magistrat der Stadt dahingehend angewiesen werden können, so könne man
270 erneut politisch darauf hinwirken.

271

272 Da beide Gelände der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BlmA) gehören, bietet es sich
273 an, die BlmA als Bauherrin und Vermieterin der neu entstehenden Wohnungen zu gewinnen.

274

275 Eine Wohnbebauung hätte vier zentrale Vorteile:

- 276 1. 200-400 Wohnungen ständen für die oben genannten Zielgruppen in Zeiten von
277 Wohnungsnot und fehlenden Grundstücken zur Verfügung.
- 278 2. Dieses Wohnungsbauprojekt wäre ein wichtiger Einstieg in die zukünftige
279 Wohnbebauung der Starkenburg-Kaserne, was von allen Fraktionen in der
280 Stadtverordnetenversammlung gewollt ist.
- 281 3. Im Zusammenspiel mit den neuen DaCore-Wohneinheiten und dem Traumhaus-
282 Projekt würde um den neu zu gestaltenden Harras-Platz ein städtebaulicher
283 Schwerpunkt entstehen, der für den Stadtteil und die Stadt mehrere Optionen zur
284 zukünftigen Gestaltung eröffnen würde.
- 285 4. Das bisher unansehnliche Gelände würde einer sinnvollen Nutzung zugeführt.

286

287 Daher bietet sich jetzt eine große Chance für eine wohnungsbaupolitische Initiative.

288

289 Angenommen/Abgelehnt/Weitergereicht an:

290

291 **Antrag E 1**
292 **Antragsteller:** **Ortsverein Waldkolonie-Weststadt**
293 **Thema:** **Stadtteil-Entwicklungskonzept für die Waldkolonie/Weststadt**
294 **erarbeiten**
295 **Adressat:** **SPD-Stadtverordnetenfraktion**
296
297

298 Die Mitgliedervollversammlung möge beschließen:
299

300 Die SPD Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung wird beauftragt, eventuell auch in
301 Kooperation mit den anderen Fraktionen einen Antrag zu stellen, mit dem Ziel einen
302 Stadtteil-Entwicklungsplan für die Waldkolonie/Weststadt zu erarbeiten.

303 Dieser EP soll in Zusammenarbeit mit der Bürgerschaft und den im Stadtteil verankerten
304 Vereinen, Gruppen und interessierten Bürgerinnen und Bürgern entwickelt werden.

305 Folgende Schwerpunkte sind dabei von besonderer Bedeutung:
306

- 307 ➤ Nutzung freier und unbebauter Flächen und Grundstücke und
- 308 Umwandlung in Wohnraum
- 309 ➤ Gestalterische Maßnahmen zur Verschönerung von Plätzen und „unschönen Ecken“
- 310 ➤ Perspektivische Entwicklung des Bedarfs an Kita- und Schulplätzen
- 311 ➤ Verbesserung von Einkaufsoptionen im Stadtteil
- 312 ➤ Förderung nachbarschaftlicher Initiativen zur Verbesserung der Betreuung älterer
- 313 Bürgerinnen und Bürger
- 314 ➤ Ermittlung des Bedarfs an gemeinschaftlichen Einrichtungen (z.B. Lessingschule) zur
- 315 Nutzung durch Vereine, gesellschaftliche Gruppen und Initiativen
- 316 ➤ Entwicklung eines ganzheitlichen Verkehrskonzeptes zur Verbesserung des
- 317 Miteinanders von Individual- und öffentlichen Personennahverkehrs mit Einbindung in
- 318 den städtischen Gesamtplan
- 319 ➤ Erarbeitung von Maßnahmen zum Zusammenwachsen des westlichen
- 320 Bahnhofsquartiers mit der „klassischen Waldkolonie“
- 321 ➤ Verbesserung der Sportanlagen insbesondere bei Grün-Weiß
- 322 ➤ Verbesserung der Situation der Fernbushaltestelle (Busbahnhof)

323

324

325 Begründung:

326

327 Die Waldkolonie/Weststadt (westliches Bahnhofsviertel) sind zwei historisch in
328 unterschiedlichen Phasen entstandene Quartiere, die sich in vielerlei Hinsicht verschieden
329 entwickelt haben und bis dato nicht zusammengewachsen sind.
330

331 Ziel muss das Zusammenwachsen beider Quartiere sein, zumindest die Kooperation in
332 bestimmten Bereichen, wie Schule, Kita, Sport und Kultur.
333

334 Das zentrale Problem städtischer Entwicklungsmaßnahmen besteht darin, dass diese nicht
335 eingebettet sind in einen Gesamtentwicklungsplan für den Stadtteil. Der Bau eines Hotels am
336 Dornheimer Weg dokumentiert diese Plan- und Konzeptionslosigkeit. Es läuft nach dem
337 Motto: „Wo was frei ist, wird irgendetwas gebaut oder auch nicht.“ Selbst
338 Verschönerungsmaßnahmen werden zögerlich oder gar nicht angegangen.
339 Dies ist keine sinnvolle mit der Bürgerschaft abgestimmte Planung und Entwicklung eines
340 Stadtteils.
341

341

342 Angenommen/Abgelehnt/Weitergereicht an:
343

344 **Resolution:** **Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns**
345
346 **Antragssteller:** **Ortsverein Darmstadt – Mitte**
347 **Adressaten:** **SPD Bundesvorstand und SPD Bundestagsfraktion**
348

349
350

351 Die Mitgliedervollversammlung der SPD Darmstadt möge folgende Resolution beschließen:

352

353 Wir begrüßen, dass die Bundes-SPD den gesetzlichen Mindestlohn auf 12 € erhöhen will.

354

355 Unser Ziel ist und bleibt es, einen Mindestlohn durchzusetzen, der existenzsichernd ist und
356 auch im Alter ein Leben frei von Armut ermöglicht. In einem reichen Land wie Deutschland

357

müssen Löhne und Rente reichen für ein gutes Leben.

358

Begründung:

359

360 Die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 € war nur ein erster Schritt für die

361

362 werktätige Bevölkerung. Allerdings kann man bei den Mieten und Preisen im Rhein-Main

363

364 Gebiet vom gesetzlichen Mindestlohn sich und seine Familie nicht ernähren und nicht am

365

366 sozialen Leben teilhaben. Deshalb muss man den Mindestlohn auf das Niveau anheben,

367

welches der

368

VdK (13,50 €) vorschlägt. Nur dann kann Altersarmut vermieden und soziale Teilhabe

369

ermöglicht werden. Nur ein angemessener Mindestlohn vermeidet Altersarmut!

370

Angenommen/Abgelehnt